
Neue Westfälische vom 09.11.2017, S. 4

Landkreistag mahnt zu Investitionen in ländlichen Regionen

Versammlung: Der kommunale Spitzenverband der Kreise in Nordrhein-Westfalen verlangt höhere Ausgaben für seine Mitglieder. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) verspricht einiges, schiebt die Integrationshilfe jedoch auf

Von Florian Pfitzner

Düsseldorf. Weitergabe der Integrationspauschale, ein gerechtes Gemeindefinanzierungsgesetz, höhere Fördergelder für den Breitbandausbau - zu seiner Versammlung in Düsseldorf hat der Landkreistag Nordrhein-Westfalen seinem Ehrengast, Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), ein prall gefülltes Forderungspaket geschnürt. Angesichts der Flüchtlingspolitik verlangte der Präsident des Landkreistags, Mettmanns Landrat Thomas Hendele (CDU), einen "angemessenen Beitrag des Bundes".

Bislang behält die schwarz-gelbe NRW-Regierung die vom Bund an das Land gezahlte Integrationspauschale komplett ein. Im Zeitraum zwischen 2016 und 2018 sind dies nach Angaben des Landkreistags jährlich 434 Millionen Euro. Hendele sieht einem "jahrelangen Prozess" entgegen, um die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Er verlangte eine Fortsetzung der Bundesbeteiligung an den Flüchtlings- und Integrationskosten über 2018 hinaus. Zugleich sollten geflüchtete Menschen ohne Bleiberecht nun endlich "konsequent zurückgeführt" werden, hieß es vom kommunalen Spitzenverband der Kreise.

So haben es die Koalitionäre in NRW ja bereits vereinbart. Und so versprach Laschet den Delegierten aus den landesweit 31 Kreisen, den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie dem Regionalverband Ruhr, Flüchtlinge ohne sogenannte Bleibeperspektive über gesonderte Zentren schneller abzuschieben.

Zudem versicherte er, sich bei den Sondierungsgesprächen zu einer möglichen Jamaika-Koalition in Berlin für höhere Bundesbeiträge an den kommunalen Sozialausgaben einzusetzen. Sobald eine neue Regierung steht, "erwarten wir, dass sie die Finanzierung der Integrationskosten weiterführt", sagte der Ministerpräsident. Eine vollständige Weiterleitung der Integrationspauschale sei bei einer Verlängerung 2019 vorgesehen.

Christian Dahm, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, findet den großzügigen Aufschub "nicht in Ordnung". Laschet und die CDU hielten sich nicht an ihre Wahlaussage, kritisierte Dahm. "Die Hauptlast der Integration liegt immer noch bei den Städten und Kreisen, nicht in den Ministerien."

Der Landkreistag warf Laschet vor, den kreisangehörigen Raum zugunsten der kreisfreien Städte zu benachteiligen und forderte eine faire Neuregelung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Der kommunale Spitzenverband warb für gleichwertige Lebensverhältnisse in NRW. Es gebe noch "erheblichen Nachholbedarf beim Breitbandausbau", gerade im ländlich geprägten Raum, trotz zahlreicher dort angesiedelter Mittelständler. Hendele drang auf einen zügigen Breitbandausbau auf Glasfaserbasis. Landtagspräsident André Kuper (CDU) sagte, ländliche Regionen seien zuletzt "an vielen Stellen hinten runtergefallen".

Auch in der Frage kam Laschet dem Landkreistag entgegen, zitierte aus dem Koalitionsvertrag das Ziel eines "Gigabit-Masterplans". Denn ausgerechnet da, wo die Wirtschaft stark sei, "haben wir nur langsames Internet". Deshalb sollte gerade "hier massiv investiert werden", sagte der CDU-Politiker. Überhaupt seien ja nicht nur Unternehmer oder "Hipster in den Uni-Städten" auf schnelles Internet angewiesen, sondern auch Haushalte älterer Menschen, die etwa auf die Möglichkeiten der Telemedizin setzten.